

Saar-Zeitung

18732

DISSIPAT-ATGVE-FOVET



gegründet

Organ der Zentrumspartei für den Saarland

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 4,50 Frs. Mit der Post bezogen 4,50 Frs. Zeitungspreise: Die Gespaltene mit 4 Zeilen, 40 mm. breit, 0,25 Frs., für Deutschland 0,25 Frs., umgerechnet zum Tageskurs, Ausland 0,50 Frs. Die 90 mm breite Kollumseite 0,60 Frs.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postämtern. In Saarland die Geschäftsstelle, Kleiner Markt Nr. 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung, Fernsprecher Nr. 52. Postfach 32.

Nr. 51.

Saarlouis, Freitag, den 14. März 1924.

53. Jahrgang.

Auflösung des Reichstages.

K. Zur Reichstagsauflösung.

Gestern nachmittag nahm der erste Reichstag der deutschen Republik durch die Auflösungsverordnung des Reichspräsidenten sein außerordentliches Ende. Trotzdem ist aber kaum jemand durch die Kunde überrascht worden, denn die Reichstagsauflösung kam nicht unerwartet. Ja, man hätte fast schon gleich nach der Eröffnung der letzten Session das Gefühl, als ob dem Reichstage herzlich wenig daran gelegen sei, nach dem regulären Ende seiner jährlichen Legislaturperiode am 6. Juni 1924 zu erleben. Man dachte nicht mehr an den natürlichen Tod. Eher wurde nach die Frage erörtern, ob der Reichstag nicht durch einen „sanften Selbstmord“ d. h. durch Selbstauflösung der Reichsregierung, des Auflösungsantrag und dem Reichspräsidenten die Auflösungsverordnung ersparen wollte. Da aber die Selbstauflösung schließlich noch mancherlei Schwierigkeiten mit sich brachte, war der Weg, den man einschlug, der einfachste, wichtigste und demokratischste hätte sich aber der „Selbstmord“ ausgenommen, wenn sich nämlich der Reichstag, der doch das höchste Organ der Republik ist, durch Selbstschluß aufgelöst hätte. Es wird manchen, der nur ein schwacher Kenner des parlamentarischen Systems ist, sonderbar vorkommen, daß ein Ministerpräsident von der Nationalversammlung gewählt wird und dann vom Reichstag mit der Amtsführung bis zum 30. Juni 1925 beauftragter Reichspräsident auf Antrag der Reichstagsverantwortlichen Regierung den Reichstag auflöst. Und doch geht das alles in der schönsten, verfassungsmäßigen Ordnung. Die deutsche Verfassung hat nämlich dem Reichstage, der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten eigene Rechte und die Möglichkeit zur eigenen freien Willensbildung gegeben. Man war es nach der letzten politischen Aussprache als hätte man annehmen, daß der Wille des Reichstages d. h. der Reichstagsmehrheit mit dem Willen der Reichsregierung unendlich zur Vereinfachung gebracht werden könnte. Die Regierung hätte es auf eine Verstoßprobe wohl ankommen lassen, wenn sie selbst amtsmäßig gewesen wäre und die Notverordnungen, über die sie die Meinung auseinanderging, nicht unbedingt als lebenswichtig erachtet hätte. Da die Regierung keineswegs gehen konnte und wollte, so mußte eben der Reichstag gehen. Der Reichspräsident machte deshalb auf Vorschlag des Reichstages von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch. Nach Artikel 25 der deutschen Reichsverfassung kann der Reichspräsident den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlasse. Spätestens am 60. Tage nach der Auflösung muß die Neuwahl stattfinden. Wie man hört, soll am Sonntag, den 11. März, die Neuwahl vor sich gehen. Da der Wahltag ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein muß, so wäre das der letzte Termin.

Der Wahlkampf wird dieses Mal ein besonders heftiger werden. Die Parolen der einzelnen Parteien werden in der Hauptfrage schon aus der letzten großen politischen Aussprache des Reichstages klar sein. Wenn wir die Berichte über die einzelnen Reden der beiden Rednerpartei verfolgen, so konnten wir unsicher bei den Oppositionsparteien, zu denen auch die Vereinigte Sozialdemokratie gehörte, den auf die nahe Wahl eingestellten Agitationen bemerken. Von der äußersten Rechten und Linken war man bis bisher nichts anderes gewohnt. Die Parteien der bürgerlichen Mitte, die Regierungsparteien, werten die Maßnahmen der Regierung und ihre Haltung zu verteidigen haben. Man wird die unvermeidlichen Säulen der getroffenen Sanierungsmaßnahmen in wirtschaftlicher, fiskalischer und sozialpolitischer Hinsicht ihnen zum Vorwurf machen. Vor allem wird die Zentrumspartei, der ja der Sanierungsminister angehört, für die einzelnen Mängel, von der auch die Politik der letzten Monate wie alles menschliche Handeln nicht freihalten konnte, als hauptverantwortlich bezeichnet werden. Dem Nationalismus von links und rechts hat es noch niemals an Agitationsstoff gefehlt, da in seine sämtlichen Programmpunkte nach der Verwirklichung hatten. Die Phrasen dieser Leute brauchen ja noch nicht aufzuhören, da sie es noch nie mit dem praktischen, verantwortlichen Handeln versucht haben und eines anderen durch die harte Notwendigkeit zweckdienlicher Realpolitik belehrt wurden.

Trotz alledem braucht die Zentrumspartei im Reiche den kommenden Wahlkampf und den Wahltag nicht zu fürchten. Des Zentrum kann immerhin unter verhältnismäßig günstigen Kampfbedingungen in die bevorstehende

Wahlkampf treten. Es hat jederzeit die lebenswichtigen Reichsinteressen über das Parteinteresse gestellt, es hat die Regierung in ihrem schwierigen, mühevollen, aber unantastbaren Werke unterstützt und verhindert, daß dieses Werk halbvollendet wieder von vorne begonnen werden sollte. Das Reich wird leben und auf dem Wege der Gesundung weiter fortschreiten, wenn die Vermunft der Wählerschaft die Bedeutung des Augenblickes erkennt und Staatsverfallungsgefahr vor der enghirnigen Parteipolitik zu unterscheiden weiß.

Die letzte Sitzung des Reichstages

In Berlin, 13. März. Die heutige, aller Wahrheitslieblich die letzte Sitzung des Reichstages begann kurz nach 12 Uhr. Die Abgeordneten hatten sich in wesentlich größerer Zahl als bisher im Saale eingefunden. Jedoch herrschte im Saal während der nun beginnenden 2. und 3. Lesung des Goldkreditbankengesetzes wieder betrüblich. Die Debatte selbst wurde ohne wesentliches Interesse geführt.

Zunächst empfahl der Reichswirtschaftsminister die Annahme der Vorlage und betonte noch einmal, daß es sich um keine Währungsbank, sondern um eine Kreditbank und Diskontbank handle. Dann beantragte der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Helfferich, im Geiste die der Reichsregierung abzugeben. Die Vorlage sei freier und die Lehren der Bank von der Genehmigung der Reichsregierung abhängig zu machen. Abg. Dr. Demburg (Demokr.) wies die Ausführungen des Abg. Dr. Helfferich zurück und trat für die Vorlage ein. Jetzt konnte alles darauf an, eine neue Inflation zu verhindern. In ähnlicher Sinne äußerte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Robert Schmidt und auch der Zentrumspartei Abgeordnete Schmidt. Abg. Helfferich (Kommunist) dagegen belämpfte die Vorlage. — Schließlich wurden die Anträge Helfferich gegen die Stimmen der Deutschnationalen, sowie auch ein Antrag des Reichswirtschaftsministers Dr. Hamm, die vom Ausschuss gestrichelten Annehmbestimmungen für Kapitalverschreibungen und Steuerbefreiungen wieder herzustellen, abgelehnt. Die Vorlage selbst wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten endgültig angenommen, ebenso die dazu gehörigen Änderungen des Bankgesetzes.

Die dann folgende Schlußabstimmung über das Reichswirtschaftsgesetz und den Rotetel ergab die Annahme der Vorlage.

Es folgte der Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen und Bayerischen Volkspartei zur Ergänzung des Gesetzes über die Entschädigung der Reichstagsmitglieder. Danach sollen die Abgeordneten bis zur Neuwahl die Freifahrtkarten behalten. Der Präsident und sein Stellvertreter, die Mitglieder des auswärtigen Ausschusses und des Verordnungsamtes sollen die Diäten weiter beziehen bis zum Schluß des Monats, wenn der Reichstag zusammentritt.

Das Haus lehnte jedoch ohne Debatte den Antrag der Bayerischen Volkspartei ab, die Neuwahlen auf Sonntag, den 12. April zu verlegen.

Der Antrag der bürgerlichen Parteien über Einschränkung der Wahlversammlungen während der Osterzeit wurde gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen angenommen. Ein Antrag der Deutschnationalen, bei der Festsetzung des Wahltages möge auf die kirchlichen Feiertage geachtet werden, wurde angenommen.

Als der Präsident dann die Beratung der zu den Regierungsverordnungen gestellten Anträge aufrief, nahm

Reichskämmerer Dr. Marx

das Wort. Er führte im wesentlichen folgendes aus: „In meiner Rede vom 26. Februar habe ich Ihnen über die Absichten und Ziele der Regierung durchaus klare und eindeutige Angaben gemacht. Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich bei der ungewissen, schwierigen Lage in Staat und Reich für die Regierung und Volkswirtschaft zur Zeit nur darum handeln könne, das Leben der Nation zu retten. Dazu ist und das Ermächtigungsgesetz vom Reichstag gegeben worden und im Dienste dieses hohen Ziels hat die Reichsregierung die ihr erteilten Vollmachten ausgenutzt. Sie ist nach wie vor der Überzeugung, daß die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen ein einheitliches Ganzes darstellen, aus dem ohne Gefährdung des bei Erfüllung der Ermächtigung gestellten dreifachen Zieles: der

Erhaltung der Währung durch Vermeidung einer neuen Inflation, der Inangriffnahme der Wirtschaft und der Ausgleichung des Reichshaushaltes kein wichtiger Teil herausgehoben werden kann. Die tief einschneidenden Maßnahmen der Reichsregierung haben den Gegenstand wochenlanger Beratungen in diesem Hause gebildet und wurden hier von den zuständigen Ressortministern eingehend begründet. Dabei wurde im einzelnen dargelegt, daß eine ganze Reihe von Verordnungen nur in der gegenwärtigen besonderen Lage begründet erscheinen, daß sie eine Weiterentwicklung darstellen, die in der Folge einer anderen organischen Gesetzgebung Platz machen muß. Das sollte auch geschehen, sobald die gegenwärtige Krise überwunden und die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands gestärkt und überschüssig gestaltet ist. Wir dürfen nicht aber alles daran setzen werden, und dabei bleiben, daß das Werk der Gesundung nicht gefährdet wird. Diesen ungeachtet sind seitens verschiedener Parteien zahlreiche Anträge zur Aufhebung oder Abänderung von Verordnungen gestellt worden, und die Oppositionsparteien beharren auf ihrem Entschluß. Der Entschluß, diese Anträge entweder sofort im Plenum zur Abstimmung zu bringen oder sie in den Ausschüssen zur Beratung zu bringen, das hat uns das an sich, erscheint der Reichsregierung zur Zeit als unangemessen und nur geeignet, die während zustande gekommenen Festlegung innerer Verhältnisse erneut zu erschüttern. Aus diesen Erwägungen heraus muß die Reichsregierung das Bestehen festhalten, daß zur Zeit selbst jede Einzelverteilung über die zu den Verhandlungen vorliegenden zahlreichen Anträge im Plenum unbedingt vermieden wird. Die Reichsregierung hat sich jedoch vorbehalten, durch Verhandlungen mit den Parteien die Anerkennung ihres Standpunktes durchzuführen. Die Parteien der Opposition haben ausdrücklich verlangt, alle von ihnen gestellten Anträge sofort zur Entscheidung zu bringen. Es kommt hinzu, daß durch die Zulassung der innerpolitischen Verhältnisse allein schon durch die bevorstehenden Wahlen die Erörterung der Anträge in den Verhandlungen hier im Reichstag von Tag zu Tag mehr wachstümlichen Charakter hätte. Daraus allein schon erscheint eine sachliche, das Gesamtinteresse des Reiches berücksichtigende Behandlung der Verhandlungen nicht mehr möglich. Angesichts dieser Sachlage kann die Reichsregierung eine weitere Behandlung der nach ihrer Auffassung für das Reichleben wichtigen Fragen hier nicht mehr zulassen. Da es nach den Verhandlungen mit den Parteien zweifelhaft besteht, daß die Mehrheit des Reichstages darauf besteht, einen Weg zu beschreiten, der nach der Überzeugung der Reichsregierung das Volk ins Verderben führt, hält sich die Reichsregierung, durchdrungen von ihrer Verantwortung, für das Schicksal von Reich und Volk, für verpflichtet, die weiteren Verhandlungen über die Notverordnungen zu verhindern und die Entscheidung des Volkes selbst anzurufen. Das deutsche Volk muß sich jetzt entschließen, ob es mit uns in stiller, harter Arbeit Ordnung und Ruhe schaffen, ob es den Weg erster Pflichten Erfüllung weitergehen will zu dem Ziele, unsere bedrückten Brüder an Rhein, Ruhr und Saar wieder mit uns zu vereinen, um Deutschland freizumachen, oder ob es an haltlosen Versprechungen und billigen Schlagworten betäubt in wildem Drängen nach trägerischen Zielen sich in Irreleitung verirren und in Hoff verzehren will. Die Reichsregierung stellt sich schützend vor ihr Werk, das dem deutschen Volke nach den schwersten Erschütterungen wieder Ruhe und Sicherheit gebracht hat, durch das die Währung erhalten und die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt wurde. Die Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse in Deutschland ist auch die erste Voraussetzung dafür, daß die deutsche Reichsregierung das Lebensrecht des deutschen Volkes bei den bevorstehenden auswärtigen Entscheidungen wahren kann, wobei sie im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Volk und Geschichte, aber auch in voller Freiheit des Entschlusses gegenübersteht. Damit in dieser Lage das Volk entscheiden kann, hat die Reichsregierung beim Herrn Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstages gestellt. Diefem Antrag hat der Reichspräsident durch folgende Verordnung entsprochen, die ich die Ehre habe, hier zu verlesen:

Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund der Ermächtigungsgesetze vom 13. Oktober und 8. Dezember 1923 erlassenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zur Zeit unverändert fortbestehen zu lassen, die Zustimmung

Kirchenchor „Cäcilia“
Fraulautern.

Sonntag, den 16. März,
abends 7/8 Uhr
im katholischen Vereinshause

„JUDITH“
biblisches Schauspiel in 5 Akten
von Mathilde Mathis.

— Eintritt 3 und 2 Frs. —

REICHSHOF SAARLOUIS
INHABER: JOS. DIEHL

Neu-
eröffnung
der Diele

Samstags und Sonntags
von 6 bis
12 Uhr

Gottfried-Nicola'sches Jazzband.

Roggen!

Wir kaufen jede Menge
ROGGEN
zum höchst. Tagespreis
gegen sofortige Kasse

Taffingsmühle, Picard
bei Saarlouis

Trierischer Bauernverein.

Am Sonntag, den 16. März, 1¹/₂ Uhr, findet
in Saarlouis im Bürgerverein die diesjährige
Kreis-Versammlung
statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung durch den Kreisvorsitzenden.
2. Vortrag durch Herrn Direktor Schuster von der Landwirtschaftlichen Winterschule Saarlouis über Jungviehzucht.
3. Vortrag des Geschäftsführers Herrn Johann über die kommenden Steuern.
4. Vortrag des Herrn Landwirtschaftslehrers Jahl, Eulzbach, über Frühjahrbestellung und Kunstdüngeranwendung.
5. Vortrag des Geschäftsführers Herrn Böker über die Zukunft der saarländischen Landwirtschaft.
6. Verschiedenes.
7. Im Anschluß findet eine **Landwirtschaftliche Verlosung** statt. Erster Preis: eine trächtige Ziege.

Sudje
3-5-Zimmerwohnung.
Zahle höchste Miete.

Offerten unter Nr. 917 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Der Schmiedelehrling Adolf Kettel, Auausholz, hat seine Prüfung im Theoretischen und Praktischen mit „Gut“ bestanden.

Vereinslichtspiele
Saarlouis.
Vereinshaus Pavillonstr.

Nur Sonntag
ab 5, 1/2 u. 8 Uhr
Montag
ab 8 Uhr

— 1. —
Der neue
Paul Wegener-Film:
Herzog Ferrantes
Ende!

Ein Kulturbild aus
dem Trecento in
7 Kapiteln

— 2. —
Das lachende
Kindchen.
Amerikanisches Lust-
spiel in **2 Akten**

Fenster-Ornament-Draht-Glas

Reparaturen jeder Art
Schnellste Ausführung
Blatt- und Messing-Verplattung
Glasmalerei

Heinr. Götiker
Emsdorf a. d. Saar.

Reichhaltiges Lager selbst-
aufgefertigter

Zöpfe!

Anlauf v. Frauenhaar-
Haarspangen Reparatur
E. Merkwitschka
Saarlouis, Bodstraße 3

Zu verkaufen

Neues komplettes
Schlafzimmer
wegen Platzmangel zu ver-
kaufen
Wo, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Blattes. 979

10 bis 12 St.

Heu
zu verkaufen. 987
Klein,
Schleuse Emsdorf.

Ein schwarzes
Schneidertobium
Größe 44, billig zu ver-
kaufen. 978
Zu erfragen in der
Geschäftsstelle der Saar-
Zeitung.

2 junge, deutsche
Doggen
6 Mon. alt
billig zu verkaufen. 989
Gerhard Hermann,
Badgassen Hof Nr. 5.

Verkaufe
Fünfe, schwere, weiße Häh-
ner u. 3 Eid. rebh. Sten-
leiner Zuchthenne. 9 e
Tiere am Leben. Das Eid.
40-70 Frs. 1 Bronzeputz e,
2 Jahre aus Wehkalen ein-
geführt, vor dem Leben
stehend. 988
Both, Griesborn 122.

Ein Wurf reinerfäßer
Schäferhunde
mit Stammbaum, 8 Wochen
alt, zu verkaufen. 986
Emsdorf,
Griesbornweg 13.

Offene Stellen

Zum sofortigen Eintritt
kräftigen

Lehrjungen
gel. 977

Einleitungsgehalt
Wwe. Heintich Barry.

Zuverlässiges
Kinderfräulein
(nicht über 18 Jahren),
aus achtbarer Familie zum
sofortigen Eintritt gesucht.
Hoher Lohn. Gute Behand-
lung Bewerberinnen wer-
den gebeten, sich baldmög-
lich vorzustellen bei
Frau M. Meyer,
im Münchener Anbl
958 Saarlouis 1.

Fräulein,
welches mit allen Büro-
arbeiten vertraut ist, flott
in Maschinenschriften und
Stenographie, französische
Sprachkenntnisse erwünscht,
zum 15. März nach Saarlouis
gesucht.
Bewerbung mit Angabe
bisheriger Tätigkeit und
Gehaltsansprüche sind zu
richten an die Geschäftsstelle
bis Bl. unter Nr. 970

Zuverlässiges, eheliches,
fleißiges

Mädchen
aus ordentlicher Familie,
im Alter von 18-21
Jahren gegen hohen Lohn
sogleich gesucht.
Nur solche mit guten
Empfehlungen wollen sich
melden.
Wo, sagt die Geschäftsstelle
ds. Blattes. 982

Zu mieten gesucht

Ende
5-6 Zimmer-
Wohnung
in Saarlouis 1, zahlr. höchste
Miete, evtl. kann auch Wun-
schschuß geleistet werden.
Leh Wohnung 4 Zimmer
steht zur Verfügung.
Schriftliche Angebote sind
zu richten unter Nr. 935
an die Geschäftsstelle des
Blattes.

Männer-Gesangverein „Germania“
Lisdorf. 978

Sonntag, den 16. März 1924, abends 7¹/₂ Uhr
im neuerbauten Saale Schulden zu Lisdorf

I. KONZERT
unter Leitung u. solistischer Mitwirkung von
Musikdirektor OTTO WIRTHMANN, Saarlouis

Männer-Chöre von Rietz, Slicher, Lachner,
Schwartz, Ulrich, Wirthmann, Solo-Quartette
(Volkslieder) von Wirthmann, Bass-Soli von
Mozart, Schubert, Schumann, Löwe, Mania.

Eintrittskarten bei Johann Daub, Lisdorf.

Empfehle mich in
Anfertigung von Mützen
Jeder Art, wie 359

**Beamten, Sport-
u. Schülermützen**
sowie auch Lieferung für sämtliche Ver-
eine nach Wunsch.

Gleichzeitig bringe meine eigene **Repara-
turwerkstätte** in empfehlende Erinnerung.
Lieferung schnell und billig.

Heinr. StürmerWwe.
Mützenfabrikation.
Silberherzstrasse 15

Haus zu verkaufen!

Ein in einer belebten Straße in Saarlouis
gelegenes **Haus mit Ladenlokal u.
ca. 16 Räumen** ist unter günstigen Be-
dingungen zu verkaufen. Ladenlokal und
Wohnung werden frei Offeriert u. Nr. 951
an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten.

UNTERRICHT

in Stenographie, Maschinenschreiben, Schön-
schreiben, Rechtschreiben, kaufm. Rechnen,
einf. und doppelter Buchführung, Handels-
kunde in Verbindung mit Korrespondenz u.
Formularlehre (im Verkehr mit der Bahn,
Post, den Zoll- u. Postschekämtern, Banken)
sowie in Rund- und Lackschrift, in

Französisch für Anfänger und Fortgeschrittene
erteilt die 793

Kaufm. Privatschule
FRITZ FLOHR
SAARLOUIS, Trainkaserne am Pfälzer-Ring,
Tages- u. Abendkurse. Prospekt frei. Tel. 96.

Neu eingetroffen
grosse Sendung moderner
TAPETEN
Buntglaspapier u. Linocrusta-Imitation

788 **Seb. Bechel**
TAPETENHANDLUNG
Saarlouis, Französis. Straße 33/35

Lothring'sche Weinkellereien

Caves Saint Eucaire Bes.: E. Hennequin, Metz.
Weiße und rote französische Tischweine in Faß u.
Flaschen, Bordeaux rot u. weiß, Burgunderweine u.
Champagner Cognac, Brantwein, Apertifs,
Roter und weißer Afrikaner, garantiert naturrein.

Vertreter: **J. Martin, Saarlouis, Adlerstr. 5.**

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 12. März.

Um die Durchführung der dritten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet.

Vorfähndigung der Reichsbahn auf privatwirtschaftlicher Grundlage.

Neue Neuwahl des Reichspräsidenten vor Juni 1925.

Im Reichstag war heute vor Beginn der Sitzung heftig Erregung oder Beunruhigung zu bemerken. Man hat die Gewißheit, daß nunmehr noch in dieser Woche der Reichstag aufgelöst würde als etwas längst Erwartetes hinzunehmen. Das Haus erledigte heute zunächst ohne wesentliche Debatten mehrere kleinere Vorlagen, darunter den Gesetzentwurf über die Zulassung der Weine des Jahrganges 1922, wonach die Zulassung auf ungegärrte Weine des Jahres bis zum 30. Juni 1924 nachgeholt werden kann.

Dann begründete Abg. Esser (Jst.) den Antrag seiner Fraktion, der die Regierung ersucht, mit allem Nachdruck für die Zulassung der dritten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet zu sorgen, damit die Fürsorgemaßnahmen, hauptsächlich die Erwerbslosenfürsorge, keine Unterbrechung erleiden. Reichsfinanzminister Dr. Luther erwiderte, daß er die Annahme des Antrages begrüßen würde. Damit die Fürsorgemaßnahmen im besetzten Gebiet durchgeführt werden können, müsse allerdings mit dem größten Nachdruck gefordert werden, daß die Durchführung der dritten Steuernotverordnung von den Befehlshabern zugelassen wird. Darüber hinaus sei auch die Zulassung der ersten und zweiten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet von größter Bedeutung für das Reich und für das besetzte Gebiet selbst. Die dem Sachverständigenrat vorgelegte Heberzahl über den Reichshaushalt rechnet schon mit den vollen Einnahmen aus dem Rhein- und Ruhrgebiet und mit der vollen Erfüllung des Wirtschaftswirtschafts. Nur unter dieser Voraussetzung können die in der deutschen Deutschschrift vorgesehenen Einnahmeposten überhaupt erreicht werden. Es sei unklar, wie man vom Reich Reparationszahlungen verlangen kann, wenn man ihm nicht die nötige Finanzgrundlage sichert. Der Antrag wurde angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Ausprägung neuer Silbermünzen. Ein Antrag Dr. Helfferich, die neuen Silbermünzen nicht auf Goldmark, sondern auf Rentenmark zu basieren, rief eine längere Auseinandersetzung hervor an der sich auch Reichsfinanzminister Dr. Luther beteiligte, der sich gegen den Helfferichschen Vorschlag aussprach. Schließlich wurde die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen unter Ablehnung des Antrages Helfferich angenommen.

Ohne Aussprache genehmigt wurde ein Antrag aller Parteien auf Änderung des Reichswahlgesetzes in der Fassung, daß die Kreiswahlvorschläge von mindestens 100 statt 20 Wählern des Wahlkreises unterstützt werden müssen, doch sollen 20 genügen, wenn es glaubhaft machen, daß mindestens 600 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlags oder eines anderen Vorschlages sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbinden oder der sich dem Kreiswahlvorschlag anschließen soll.

Das Haus ging sodann zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Reichspostgesetzes über. In dem Gesetz wird die Reichspost zu einem selbständigen Unternehmen gemacht, das ein Unternehmen des Reiches bleibt, aber in seiner Vermögensverwaltung dem Staat vom Reichspostminister getrennt ist. Der Reichspostminister behält die Leitung, ist dabei jedoch an die Mitwirkung eines Verwaltungsrates gebun-

den. Der Reichsrat wollte die Leitung statt einem parlamentarischen Minister einem Generalpostmeister übertragen. Der Reichstagsausschuß hat aber diese Vordering abgelehnt. Der Ausschuß hat die Zahl der aus dem Personal gewählten Mitglieder des 3gliedrigen Verwaltungsrates von 5 auf 7 erhöht. Er hat weiter im Paragraph 13 die Vordering vorgenommen, daß die Gewährung weiterer Reservatrechte auf dem Postgebiet nicht nur an die Zustimmung des Reichsrates, sondern auch des Reichstages gebunden ist. In der Debatte, die nach den vorangegangenen Verhandlungen im Ausschuß kaum neues brachte, wandte sich der Vertreter der Bayerischen Volkspartei besonders gegen den letzten Ausschlußbescheid zum Paragraph 13. Er befürchtet, daß die bayerischen Interessen im Verwaltungsrat nicht genügend gewahrt werden und lehnt die Vorlage ab. Auch der bayerische Gesandte v. Preger und der württembergische Gesandte Hildebrand erklärten, daß ihre Länder an ihrem Recht aus früheren Staatsverträgen festhielten. Sie könnten die Vorlage nicht annehmen und würden alle staatsrechtlichen Mittel dagegen anwenden. Die Vertreter der anderen Parteien erklärten mit Ausnahme der Deutschnationalen für die Vorlage. Nachdem noch Reichspostminister Dr. Hüftele die Einwände gegen das Gesetz zurückgewiesen hatte, wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. Die Schlußabstimmung wurde auf morgen verlegt.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnal.) begründete sodann einen Antrag seiner Freunde, wonach unter Vordering des Artikels 100 der Reichsverfassung die Neuwahl des Reichspräsidenten gleichzeitig mit der Neuwahl des Reichstages stattfinden soll. Reichsinnenminister Dr. Jarres gab dazu folgende grundsätzliche Erklärung ab:

Der Herr Reichspräsident hat im Laufe der Jahre 1921 und 1922 wiederholt lebhaft darauf gedrängt, daß die in der ursprünglichen Form der Weimarer Reichsverfassung unbestimmt vorgesehene Neuwahl des Reichspräsidenten alsbald vorgenommen werde. Die Wahl wurde zunächst aufgeschoben, weil die Mitwahl Oberösterreichs noch nicht möglich war. Als dann die neue Grenze Oberösterreichs feststand, wurde in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten der 3. Dezember 1922 als Wahltag in Aussicht genommen. Aus diesem hohen Hause entsprong jedoch nachträglich der dringende Wunsch, die Neuwahl zu verschieben. Fünf Parteien des Hauses brachten ein Juristengesetz ein, wonach der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 führen soll. Das Gesetz wurde am 27. Oktober 1922 mit sehr großer Mehrheit als verfassungsänderndes Gesetz angenommen, und zwar in der Form, daß es der Verfassung selbst einverleibt wurde. Damit soll dieser Frage eine feste Grundlage gegeben werden. Seither sind keine Umstände hervorgetreten, die plötzlich eine Vordering notwendig machen könnten. Eine solche Vordering würde eine Änderung der Reichsverfassung sein und könnte daher nur mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen werden. Die Regierung kann nicht glauben, daß das Haus sich zu einem so wichtigen Wechsel seines nach eingehenden Verhandlungen erledigten Willens entschließen wird. Ganz besonders ungeeignet erscheint die Vordering der Wahl des Reichspräsidenten gerade mit den Reichstagswahlen. Nach der Reichsverfassung soll der Reichspräsident dem Reichstag gegenüber eine unabhängige und selbständige Stellung einnehmen. Er soll dem Parteigeist und den Parteikämpfen entrückt werden. Aus diesem Grunde ist absichtlich keine Wahlperiode anders bestimmt, als die des Reichstages. Er soll auf sieben Jahre, der Reichstag nur auf vier Jahre gewählt werden. Die Reichsregierung bittet daher, dem von dem Abg. Herzl und Genossen eingebrachten Gesetzentwurf eine Zustimmung nicht zu geben.

Der Antrag der Deutschnationalen wurde sodann gegen ihre Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Zukündigbarkeit des Völkerbundes bei der Regelung internationaler Konflikte.

Mit. Genf, 13. März. Der Völkerbundsrat beriet heute abend in geheimer Sitzung über die wichtige, durch den Kerku-Konflikt aufgeworfene Frage der Zukündigbarkeit des Völkerbundes bei internationalen Konflikten. Trotz des strengen Geheimnisses, mit dem die Beratungen umgeben waren, kann hierüber folgendes mitgeteilt werden:

1. Die Frage, ob der Völkerbundrat, wenn er bei einem Streitfall von einem Mitglied des Völkerbundes angefordert wird, vor jeder Prüfung des Falles beschließen muß, ob dieser Fall wirklich auf Grund des Artikels 15 des Valles zu einem Beschluß führen kann, wird verneint. Der Rat kann selbst jederzeit den Ernst des Falles würdigen und sein Vorgehen würdigen.

2. Wenn bereits eine andere Lösung auf Grund des Schiedsverfahrens oder Gerichtsverfahrens im Gange ist, hat der Rat die Prüfung des Streitfalles zu verweigern.

3. Andere Ausnahmen für die Zukündigbarkeit des Rates als die im Artikel des Valles vorgesehenen, sind nicht zugelassen; vor allem nicht die üblichen Vorbehalte in den Schiedsverträgen. Es wird hier noch der Wunsch ausgesprochen, daß der Rat auf internationale Schiedsverträge und regionale Abkommen Rücksicht nehme.

4. Die Frage, ob Zwangsmaßnahmen, die nicht als Kriegserklärung gedacht sind, mit Artikel 12 und 15 des Valles vereinbart werden können, wird dahin beantwortet, daß nach den Umständen und dem Charakter der betreffenden Maßnahmen der Rat selbst zu entscheiden habe, ob die Zwangsmaßnahmen beizubehalten oder einzustellen sind.

5. Bei auf seinem Gebiet begangenen politischen Verbrechen trägt ein Staat nur dann die Verantwortung, wenn er nicht die notwendigen Vorbeugungen und Strafverfolgungsmaßnahmen ergreift. Der öffentliche Charakter des Ausländers und die Umstände seines Aufenthalts auf dem Staatsgebiet machen dem betreffenden Staat erhöhte Wachsamkeit zur Pflicht.

Nach längerer geheimer Beratung über diesen Text wurde seine Annahme durch den Völkerbund beschlossen, aber dem einzelnen Mitgliedern das Recht zugesprochen, in der öffentlichen Sitzung Vorbehalte zu machen. Für das Recht auf Vorbehalte traten u. a. ein Lord Barnmore, der gegen die letzte Bestimmung des Punktes 3 Bedenken hat. Brantling, den Punkt 4 nicht befriedigte und der ihn dem internationalen Schiedsgerichtshof vor einer Entscheidung des Rates überweisen möchte, sowie Benesch, der für die Annahme der Vorbehalte war. Solandra empfahl dringend die Annahme des Gesamttextes und Verzicht auf Vorbehalte, wolle jedoch Kommentare oder Erklärungen in der öffentlichen Sitzung zulassen. Er gab dabei die Erklärung ab, daß die italienische Regierung im Interesse des Weltfriedens sich von dem vorkreislichen Post leisten lassen werde. Die Vertreter von Frankreich, Japan und Brasilien traten ebenfalls für Annahme des Gesamttextes ein, worauf die anderen Vertreter ihre Bedenken zurückgezogen. Brantling sich aber weitere Erklärungen für die öffentliche Sitzung vorbehalten.

Auf Grund dieser Geheimhaltung dürfte morgen eine öffentliche Sitzung stattfinden, in der der Text des juristischen Komitees unter Abgabe verschiedener Erklärungen angenommen werden wird.

Das Memelabkommen.

Mit. Genf, 13. März. Das Memelabkommen, über das der Völkerbundsrat berät, stellt sich dar als ein Vertrag zwischen Frankreich, England, Italien und Japan einerseits

Der Hans vom Deich.

Roman von Gustav Fints-Balter.

14. (Reinhold verboten.) „Ich mag nicht singen auf Befehl,“ bemerkte der Hans. Man lachte sie so herzlich, daß ihm für die Erkenntnis seines dummen Trotzes kam. „Ich weiß nicht,“ mißverteilt er deshalb, „ob ich auf Befehl singen kann.“ „Wann, warum bist du denn hergekommen?“ „Wann?“ „Ja, wenn nicht — — —“ „Um dich hier ich hergekommen.“ „Schön. Und die Not deiner Landsteuer?“ „Ja ja.“ Ein bitteres Lächeln spielte um seinen Mund. „Du meinst immer noch, ich könnte Berge Gold mit meinem Halse verdienen?“ „Möglich ist es,“ antwortete sie ausweichend. „Wir müssen hören.“ „Ich glaub' nicht dran, ich nicht. Die Leute hier leben aus, als lämmerten sie sich den Deubel um meine Not, sie sind so eilig und — und so wie hinter Grafen. Es wird klarer Laß noch Zeit finden, auf mein Singen zu hören.“

prüfen, karrte er: Schon wieder einen „entdeckt“ — Ge? Es ist geradezu unbearbeitet, wieviel phänomenale Kerle in der Welt herumlaufen, und wenn man sie hört, sind es Pieper oder Schreier. Reiz hat er schon, der Herr Professor. Es kommen viele Holzgare, die sich für Größen halten, so aus Vereinen, weißt du, oder aus Chören. — Ist dir auch bange, Hans?“ „Mir ist das gleich,“ sagte der und betrachtete die kleinen weißen Denkmalen. Charlotte folgte seinen Blicken. „Das ist Richard Wagners Bißte,“ erklärte sie, „das dort ist der göttliche Beethoven, und jene Figur heißt Mozart dar.“ „Alles Wästanten?“ „Komponisten. Das sind Dichter in Musik, Hans, Menschen mit reichen Herzen und tiefem Gemüt.“ „Ja ja,“ sagte Hans vom Deich, ohne besondere Teilnahme. Sie sah ihn an und schüttelte den Kopf — „Wenn er mit mir damals nicht im Dörsen und Schwefel begeben wäre.“ Durch die gepollerte Tür drangen die Töne eines Instrumentes, die sich nur mit einer weiblichen Stimme vermählten. Ganz deutlich klang es heraus. „Das hört sich fein an,“ sagte der Hans. Während brach das Singen ab und das Idioten verstand, daß für aber würde eine hohe, in Erregung oder Mut freudende Stimme vernommen. „Das ist — nicht auszuhalten ist das,“ hörten die Wortenden, „wie ein die Treppe entgegengesetzter Tod Kartoffeln rumpelt das. Ein „a“ ficht hier, Präulein — — — ungläublich.“ „Er ist schlechter Laune,“ räumte voller Unsicherheit Charlotte ein. Da hing die Tür auf, eine Dame mit geröteten Wangen und leuchtigen Augen stürzte heraus; der Besucher nicht achtend, eilte sie ins Freie. Hans versuchte einen letzten Stoß — und dann fand er ohne Charlottes in einem dunkelgekleideten Raum.

Die Hände auf dem Rücken, ließ ein kleiner Mann in flechtiger Erregung im Zimmer hin und her. Sein dünnes Haar, schlohweiß, wehte bis zur Schulter. Hin und wieder rann er, manchmal undeutlich vor sich hinmurmeln. Schließlich nahm er auf dem Stuhl vor dem blühenden Flügel Platz und zeichnete etwas auf ein punktiertes Blatt. „Guten Tag,“ hatte Hans gesagt. Der kleine Mann hatte nicht geantwortet. Erst nach einer großen Pause vom Hans mehr fragig als ungeduldig empfunden, wurde der Musiker durch ein Bewegen des neuen Gastes von seiner Arbeit abgelenkt. Er veränderte seine Stellung nicht, ängelte vielmehr feilsch durch die scharfen Wellengläser den langen Menschen an. „Aha,“ sagte er, scharf den letzten Balken heraussehend, „der Mann, der Scheliffes geangelt hat.“ Und wieder wählte er ein Zeichen auf das punktierte Blatt. Dem Hans kam die Geschichte zu dummen vor, er gelobte sich, noch eine Minute zu warten und dann einfach wegzugehen. Doch jetzt setzte sich der schilfweiße Mann gerade, legte die springelbedrigen Hände auf die schwarzen und die weißen Fäden und besah: „No — — dann mal las, Mal die Tausender — a — a — — —“ „Er schlug an.“ Ingeheuer ruhig erschien dem Hans das Mädchen. Drum fand er, rückte sich nicht und lang auch nicht. Was sie ihm bei, zu verlangen, er sollte auf Befehl den Mund aufmachen, wie man Leute fragt auf Befehl, oder Reiz einholt. Kommt er mag sagen: Hans vom Deich, hi mir den Gefallen und sing' einmal das schöne Lied vom König Rognar Loobrol? „Nun!“ recht ungeduldig kam es aus des Herren Hofmusikanten Mund. „Ja, Herr, wollen Sie — die nicht gestohlen.“ „Könnten oder wollen Sie nicht? Ich habe meine Zeit.“ „Auf Kommando sing' ich nicht.“

